

# Roma-Kinder sollen zur Schule gehen statt betteln

**Hilfsprojekt** Basels Regierung will dafür sorgen, dass vor allem Mädchen die Schule nicht mehr abbrechen.

Aus den Augen ist nicht gleich aus dem Sinn. Seit der Kanton Basel-Stadt im Herbst das Bettelverbot wieder eingeführt hat, hat sich das Problem nicht etwa in Luft aufgelöst – das Schicksal der Roma bleibt uns vielmehr verborgen. «In Rumänien werden sie immer noch stark marginalisiert, mit dem Engagement können wir etwas entgegenwirken», sagt Sabine Horvath, Leiterin Standortmarketing und Aussenbeziehungen.

Die Basler Regierung beantragt beim Parlament 1,16 Millionen Franken für die Jahre 2022 bis 2025 für zwei Schulprojekte in Rumänien. Ziel ist es, die Schulabbruchquote der Mädchen in den Städten Giurgiu (an der bulgarischen Grenze) und Mizil (nördlich von Bukarest) zu reduzieren. «Hierfür sollen vor Ort ein multidisziplinäres Team aus Polizei, Sozialhilfe, zwei Schulen und Kinderschutz geschaffen werden», schreibt Horvath.

## Drittweltprojekte sind nicht tangiert

Des Weiteren ist geplant, das Image der Roma-Minderheit im Land zu verbessern. Dafür sollen jährlich 20 Roma-Hochschulstudierende zu Mentoren ausgebildet werden, damit sich diese für die Bevölkerungsgruppe einsetzen.

Darüber hinaus finanziert Basel-Stadt auch eine Sensibilisierungskampagne, welche die Vergangenheit der Roma – beispielsweise die Sklaverei und den Holocaust – zum Gegenstand hat. Diese soll hauptsächlich über Social Media laufen.

Von den Hilfsgeldern für Rumänien nicht tangiert werden die sonstigen Ausgaben für die Entwicklungshilfe. «Rumänien gilt nicht als Entwicklungsland», sagt Horvath.

Die Basler Regierung sprach am Dienstag insgesamt auch 890'000 Franken für Hilfsprojekte in Drittweltländern. Den grössten Anteil von 300'000 Franken erhält das Tropeninstitut für ein Projekt, bei dem es um die Erforschung von Krankheiten sowie die Entwicklung von Antibiotikaresistenzen in Tansania geht (300'000 Franken).

**Leif Simonsen**